



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/06743**
Datum: 17.01.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Schied, Thomas
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	18.01.2024	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	18.01.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	23.01.2024	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	24.01.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	31.01.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig,, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Verzicht auf Strafantrag durch die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) bei Erschleichung von Beförderungsleistungen**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) darauf hinzuwirken, dass folgender Beschluss gefasst wird:

Die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) verzichtet bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne Fahrschein regelmäßig auf die Stellung eines Strafantrages. Die Regelung zum erhöhten Beförderungsentgelt beim Fahren ohne gültigen Fahrschein bleiben hiervon unberührt

Zusätzlich wird als Zwischenlösung bis zur Umsetzung des Beschlusses der sogenannte „Freiheitsfonds“ durch die Stadt offensiv beworben (Homepage der Stadt, Pressemitteilungen, Amtsblatt u.a.).

gez. Dörte Jacobi
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

„Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Tausende Menschen landen jedes Jahr im Gefängnis, weil sie sich kein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr leisten konnten. Bis zu ein Jahr sitzen die Leute in Haft. Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87%), ohne festen Wohnsitz (15%) und suizidgefährdet (15%).

Der Straftatbestand wurde 1935 von den Nazis eingeführt. Bis heute werden dadurch Menschen fürs Fahren ohne Fahrschein häufig härter bestraft als z.B. Menschen, die angetrunken Auto fahren.

Niemand darf wegen fehlender Tickets in Haft landen! Deswegen fordern wir, dass [§265a StGB von 1935](#) gekippt wird. Fahren ohne Fahrschein muss entkriminalisiert und langfristig eine kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden! Außerdem müssen Verkehrsunternehmen aufhören, Menschen zu verfolgen, die ohne Fahrschein fahren. [Mehr Infos dazu bei FragDenStaat.de](#).

Für 2023 hat Justizminister Marco Buschmann mehrfach eine Reform von §265a StGB angekündigt und das Jahr der Strafrechtsreform ausgerufen – bislang hat er aber nicht gehandelt. Eine Reform unterstützen [mehr als zwei Drittel der Bevölkerung \(69%\)](#) und Mehrheiten gibt es bei Anhänger*innen aller Parteien. Auch SPD und Grüne unterstützen eine Entkriminalisierung. Die Bundesregierung muss jetzt handeln!

Aber wir warten nicht auf die Politik. Die Initiative Freiheitsfonds befreit deutschlandweit Menschen aus dem Gefängnis, die wegen "Fahren ohne Fahrschein" hinter Gittern sind. Und weil jeder aufgelöste Hafttag den Steuerzahler*innen rund 200 Euro kostet, sparen wir dem Staat sogar noch etwas.“ (Quelle: <https://www.freiheitsfonds.de/>)